

# **eDemocracy – Konzepte, Methoden und Anwendungen zur sozialen und demokratischen Nutzung des Internets**

Peter Mambrey, Volkmar Pipek

Fraunhofer - FIT, St. Augustin; International Institute of Socio-Informatics, Bonn

mambrey@fit.fraunhofer.de; pipek@iisi.de

**Abstract:** Die Vorstellungen zu eDemocracy sind gespalten: Die einen versprechen sich durch technische Unterstützung athenische Verhältnisse einer direkten Demokratie, die anderen befürchten eine neue Informationsautokratie, den Ausschluss weiter Schichten der Bevölkerung, deren Überforderung, Überwachung oder Manipulation. Neben dieser theoretischen Diskussion werden Fakten geschaffen: Bundesregierung und Europäische Kommission fördern Pilotvorhaben zur Umsetzung von eDemocracy; NGOs und Forschungsinstitute erproben neue, digitale Wege des Diskurses, der Transparenz und Partizipation. Im Workshop zu eDemocracy wollen wir Praxisbeispiele der sozio-technischen Gestaltung von eDemocracy diskutieren, um Potentiale und Gefährdungen auszuloten. Wir glauben, dass die neuen Medien, wenn auch möglicherweise nur in begrenztem Umfang, Gestaltungspotentiale bieten, deren Ausschöpfung eine weitergehende Demokratisierung gesellschaftlicher und politischer Prozesse fördern kann. Gerade in der Entwicklungsphase einer Innovation (und in dieser befinden wir uns immer noch) gibt es viele alternative Wege. Diese wollen wir interdisziplinär explorieren und mitgestalten, indem wir uns konkret der sozio-technischen Gestaltung von Werkzeugen und Methoden zum Einsatz für soziales und demokratisches Handeln widmen.

## **1 Technischen Fortschritt für Demokratie nutzen**

Seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde die Gleichsetzung von technischem Fortschritt mit sozialem Fortschritt von Bürgerbewegungen und nicht nur von Eliten oder einzelnen Denkern hinterfragt: Klimaveränderungen, nukleare Risiken, Ressourcenknappheit, Ungleichheit und Ausbeutung wurden mit der Einführung technischer Innovationen verbunden. Der Blick auf vermeintliche oder reale Risiken war geschärft. Dies traf insbesondere auch auf die Informations- und Kommunikationstechniken und –medien zu, die global vernetzt wurden (= neue Medien). Grundsätzliche Fragen, die damals aufgeworfen wurden, können heute immer noch nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Leisten sie einen Beitrag zur Lösung oder zur Verschärfung gesellschaftlicher Probleme in Bereichen Arbeit, Gleichheit, barrierefreier Zugang zu Ressourcen, Lebensqualität und nachhaltiger Entwicklung in einer dynamischen Welt? Sieht man in die lange Liste der Literatur, dann wird den neuen Medien – zumindest theoretisch – eine ambivalente Wirkung bei der Weiterentwicklung einer demo-

kratischen Gesellschaft zugemessen [Ma00]. Die Neugestaltung von Politik mit Hilfe neuer Medien in einer Informations- bzw. Wissensgesellschaft war in den USA ein populäres Thema [Gr95; Fi95;] und ist es immer noch, was teils pointiert formuliert wird: „Instead of the government watching people, people could be watching their government“ [Ca01:155]. Insbesondere Community Networks, vernetzte Gemeinschaften gemeinsamen Interesses, als neue, translokale und transnationale soziale Organisationsformen für bürgerschaftliches Engagement in einer Zivilgesellschaft werden potentiell als neue Formen sozialen und politischen Handelns gesehen [Ca01:155]. Die Entwicklung und Erprobung neuer digitaler, vernetzter Methoden und Techniken zur Stärkung von Demokratie stand bisher unter keinem guten Stern. Völlig überzogene Erwartungen einer zukünftigen Cyberdemocracy, Teledemokratie oder Demokratie auf Knopfdruck provozierten Gegenmeinungen. Man sah die repräsentative Demokratie durch direktdemokratische Techniken in Form von vernetzten Computern bedroht. Durch den Anspruch, Demokratie neu zu erfinden, verschüttete man Ansätze, die Demokratie weiter zu entwickeln. Kritik am Einsatz neuer Medien zur Neugestaltung von Partizipation und Diskurs aus Sicht der deutschen Medienwirkungsforschung formulierte Sarcinelli [Sa98:23]. Er unterstellt diesen Vertretern ein „positives“ Menschenbild, das er für naiv hält: „Demgegenüber ist der fast anthropologisch zu nennende, von intelligenten Spekulationen nicht freie Optimismus vom nunmehr unbegrenzt diskursorientierten Bürger in einer elektronischen Beteiligungsdemokratie weit entfernt von der Partizipationswirklichkeit.“ Doch nicht nur Partizipationsunwilligkeit scheint aus Sicht der Massenmedienwirkungsforschung ein Problem des Einsatzes von unterstützender Technik zu sein, sondern auch die Partizipationsunfähigkeit vieler Bürger. Danach schafft das Angebot neuer Partizipationsmöglichkeiten oder Diskurssysteme eine diskrepante Situation: „Obwohl die meisten Leute vom politischen Geschehen objektiv wenig wüssten, hätten sie doch zunehmend das Bedürfnis nach Anteilnahme und das Gefühl der Betroffenheit entwickelt. Sie lebten, salopp ausgedrückt, mit ihren partizipatorischen Ansprüchen über das Verhältnis ihrer politischen Bildung.“ (Winfried Schulz zit. Nach [Sa98, 415]). Dieser beharrenden, resignativen Position zum Einsatz neuer Medien zur sozialen und politischen Nutzung in einer Demokratie liegen Erfahrungen mit Massenkommunikationsmedien (Fernsehen, Rundfunk, Presse) zugrunde. Es ist u.E. jedoch fraglich, ob man diese Erfahrungen einfach auf andere Medien übertragen kann. Wieso lassen sich Medien mit z.B. sternförmigen Sender-Empfänger-Strukturen und fester Arbeitsteilung (Journalisten – Zuschauer) auf netzförmige Strukturen mit flexibler Rollenzuweisung [Bo97] übertragen? Was rechtfertigt die Extrapolation dieser Erfahrungen auf das Verhalten zukünftiger Akteure anderer Medien? Kann man soziales Lernen, die Adaption und Enkulturation von Medien einfach negieren? Der Fernseher, für sich genommen, ist nur eine stromfressende Maschine.

Die Enkulturation und deren Ausdifferenzierung führte zu dem, was Fernsehen heute bedeutet: eine Vielzahl neuer Berufe, Kunstformen, Gesetze, Kosten, Wirtschaftsfaktor, Verhaltensweisen, Hobbies. 1895 standen im Deutschen Reichstag ca. 15 Telefone; die Ausstattung mit Fernsehempfängern zu Beginn der Fernsehära war marginal. Dies sind Beispiele für Medienenkulturationen, die lehren, mit extrapolierenden Prognosen vorsichtig zu sein. Gesellschaftlicher Fortschritt und Wandel liegen nicht in einer Technologie begründet sondern entwickelt sich im Zusammenspiel sozialer, wirtschaftlicher und politischer Prozesse [BfK03].

## 2 Mehr direkte Demokratie

Das repräsentative System wird als „strukturprägendes Basisprinzip“ [Lu97:16] von Flächenstaaten gesehen. Sie werden aufgrund der Komplexität der Probleme um Daseinsvorsorge nach den Organisationsprinzipien Arbeitsteilung und Spezialisierung von Eliten regiert, die durch Wahlen und durch Medien hergestellter Öffentlichkeit in Wechselbeziehung zu den Bürgern stehen. Eine Forderung nach Ablösung der repräsentativen Demokratie durch direkte Demokratie widerspricht diesen Strukturmerkmalen moderner Gesellschaften, vielmehr geht es um die Ergänzung des repräsentativen Systems durch direktdemokratische Elemente [Le00:371]. Entwürfe von eDemocracy werfen neue Fragen nach den Verfahrens- und Organisationsprinzipien von demokratisch legitimierter Repräsentation und Delegation auf: Die Anhänger partizipatorischer Konzepte einer elektronischen Demokratie sehen in Computernetzen ein Medium des Diskurses zum Herausfinden des Gemeinwohls unter Bedingungen gleicher Beteiligung und horizontaler Kommunikation. Das Netz dient der Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und der Bildung von sozialem Kapital. Anhänger einer elitistischen Demokratie sehen im Netz einen Marktplatz konkurrierender Ideen, auf dem Interessenartikulation und –aggregation stattfindet. Beiden Strömungen ist gemeinsam, dass sie mehr direkte Demokratie in Form von Teilhabe des Bürgers am Regierungs- und Verwaltungsgeschehen und mehr Transparenz bei Prozessen und Entscheidungen fordern. Es sind Forderungen, an denen die Lernfähigkeit und Adaptionkraft von Regierungen und Verwaltungen gemessen werden können. Politik und Verwaltung nutzen seit Jahren neue Medien in immer stärkerem Umfang zur internen Effizienzsteigerung aber auch zur strategischen Aufgabenerledigung und Durchsetzung ihrer Positionen [MWV91]. Dies gilt in besonderem Maße für Parlamente [CTD1997]. Dabei ist der Bürger im wesentlichen Objekt von Leistungen und weniger aktiver Bestandteil in der Relation zu Verwaltung und Politik. Hier herrscht sicherlich eine etatistische Sicht vor, die eDemocracy als Anhängsel von eGovernment sieht und nicht als autonomen Gestaltungsbereich. Die einschlägigen Förderprojekte der Europäischen Kommission belegen dies [EC03]. Die Kommunen selbst sind an Beteiligungsprojekten wenig interessiert, aus wissenschaftlicher Sicht sieht man eher zurückhaltend auf die ernüchternde Wirklichkeit bürgerschaftlicher Beteiligung, die den Blick auf die Vision erschwert [Te02]. Dennoch häufen sich Versuche im Bereich e-Voting, Diskursverfahren, Mediationsverfahren, Virtuelle Parteitage, virtuelle Volksvertreter etc. [FK02]. Dennoch scheint die Situation zu wie zu Beginn der Entwicklung der Telearbeit zu sein. Damals sprach man davon, dass es mehr Literatur zum Thema Telearbeit gab als Telearbeiter. Wir wissen heute, dass sich dieses Verhältnis verändert hat. Unser Ziel, im Rahmen eines Workshops der Gesellschaft für Informatik über Konzepte, Methoden und Anwendungen zur sozialen und demokratischen Nutzung des Internets Werkzeuge einen Erfahrungsaustausch zu betreiben, stellt Technik als Problemlöser und als positive Option für Gesellschaft in den Vordergrund: mehr aktive direkte Mitwirkung für Bürger, mehr Transparenz und Teilhabe, mehr bürgerschaftliches Engagement und sicherlich auch mehr Verantwortung für den Bürger. Wir sind Optimisten. Diese vernetzte Techniken bieten die Optionen für neue Deutungsräume, neue Handlungsräume, neue Erfahrungsräume zum gemeinsamen Handeln in translokalen Strukturen. Auf diesem Workshop wollen wir diese Möglichkeiten ausloten, am besten auf Basis von empirisch nachvollziehbaren Versuchen. Mittlerweile wird zunehmend skeptischer über den

Einsatz neue Medien geschrieben: die Bedrohung von Grundrechten, Wirtschafts- und Lebensgrundlagen wird befürchtet [BFK03]. Gibt es Versuche und Belege für neue Deutungsräume, Handlungsräume, Handlungsformen, Handlungspartner, Handlungsgegenstände und neue Wirklichkeiten für autonome Subjekte, (re)agiert Reagierung und Verwaltung auf solche Versuche? Ist eine medientechnische Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement praktisch umsetzbar und wenn ja, wie? Die folgenden Beiträge versuchen alle aus ganz unterschiedlicher Sicht, auf Fragen in diesem Kontext Antworten zu geben und werfen dadurch natürlich neue auf. Die Beiträge zeigen jedoch, dass um den Einsatz neuer Medien als Instrument im normativen Projekt Demokratie gerungen wird.

## Literaturverzeichnis

- [Bo97] Bonchek, M.S.: From Broadcast to Netcast: The Internet and the Flow of Political Information. PhD-Thesis, Cambridge MA Harvard University 1997.
- [Ca01] Castells, M. The Internet Galaxy. Reflections on the Internet, Business, and Society. Oxford University Press Oxford New York 2001.
- [CTD97] Coleman, S.; Taylor, J.; Donk, W.v. (eds.): Parliament in the Age of the Internet. Oxford University Press New York 1997.
- [EC03] European Commission: Systems and Services for the Citizen. Synopsis of Research Projects. Brussels 2003 – <http://europa.eu.int>
- [BFK03] Ewert, B.; Fazlic, N.; Kollbeck, J.: E-Demokratie. Stand, Chancen und Risiken. In: Schulzki-Haddouti, C. (Hrsg.): Bürgerrechte im Netz. Bpb Bonn 2003, 227-260.
- [FK02] Fuchs, G.; Kastenholz, H.: E-Democracy: Erwartungen der Bürger und erste Realisierungen. Ein Werkstattbericht. In: Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis: E-Government zwischen Vision und Wirklichkeit Nr. 3 und 4, Jg. 11, November 2002, 82-91.
- [Fi95] Fishkin, J.S.: The Voice of the People. Public Opinion and Democracy. Yale University Press New Haven/London 1995.
- [Gr95] Grossmann, L.K.: The Electronic Republic. Reshaping Democracy in the Information Age. Viking Penguin New York NY 1995.
- [Le00] Leib, V.: Bürger mit Netzanschluß. Über Partizipation, Internet und „elektronische Demokratie“. In: Martinsen, R.; Simonis, G. (Hrsg.): Demokratie und Technik (k)eine Wahlverwandschaft. Leske und Budrich 2000, 363-386.
- [Lu97] Luthardt, W.: Probleme und Perspektiven direkter Demokratie in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 14, 13-22.
- [MVW91] Mambrey, P.; Vorwerk, E.; Wurch, G.: Computer im Deutschen Bundestag. Zur Informatisierung des politisch-administrativen Systems. Leske und Budrich Opladen 1991.
- [Ma00] Mambrey, P.: Neue interaktive Medien eröffnen Potentiale für digitale politische Partizipation und neue Formen von Öffentlichkeit. In: Martinsen, R.; Simonis, G. (Hrsg.): Demokratie und Technik – (k)eine Wahlverwandschaft?. Leske und Budrich Opladen 2000, 335-362.
- [Sa98] Sarcinelli, U.: Politikvermittlung und Demokratie: Zum Wandel der politischen Kommunikationskultur. In: Sarcinelli, U. (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Bercker Bonn 1998, 11-23.